

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses
für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und
Liegenschaften am 10.11.2016
*öffentlich***

Ort: Stadthaus,
1. Etage, Raum 113
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Dr. Bodo Meerheim	Ausschussvorsitzender
André Cierpinski	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Manuela Plath	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
	i.V. von Frau Hintz
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

Verwaltung

Egbert Geier	Bürgermeister, Beigeordneter Finanzen und Personal
Sabine Ernst	Büroleiterin GB OB
Raik Möller	Referent
Rita Lachky	Fachbereichsleiterin Einwohnerwesen
Martina Beckert	Bereich Service, FB Einwohnerwesen
Gesine Präkelt	Abteilungsleiterin Personal- und It-Gewinnung
Steffen Ruppe	Sonderprojekte und übergreifende Themen
Petra Reinhardt	Leiterin DLZ Bürgerengagement
Uta Rylke	Stellvertretende Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Inés Brock	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Fritz stellte eine Frage zum Beteiligungsbericht aus dem Jahr 2015 zur Seite 188, letzter Absatz, Wertstoffmärkte.

Herr Fritz wollte wissen, ob es eine Abrechnung zur Thematik Teilgebühren Abfall bezüglich der Wertstoffhilfe gibt und wenn ja, wo und wann er diese einsehen kann. Wenn nicht, wollte er wissen, ob im Vorfeld der Abfallgebührensatzungslegung dies mit beigezogen und zur Debatte gestellt wird.

Herr Geier sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Meerheim, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Zur Tagesordnung gab es keine Wortmeldungen, so dass **Herr Dr. Meerheim** die Tagesordnung zur Abstimmung aufrief.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Die Tagesordnung wurde festgestellt:

- . Einwohnerfragestunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 – OB-Bereich und GB I - Vorlage: VI/2016/02283

- 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283), hier: Sachmittel für Projekte im Rahmen von Fairtrade Town
Vorlage: VI/2016/02533
- 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283) – hier: Wissenschaftsmarketing der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02540
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Es lag keine Niederschrift zur Genehmigung vor.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Dr. Meerheim verwies auf die nicht öffentlichen Beschlüsse aus der Sitzung vom 18.10.2016, welche vor dem Sitzungsraum ausgegangen sind.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015
Vorlage: VI/2016/02283

zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283), hier: Sachmittel für Projekte im Rahmen von Fairtrade Town
Vorlage: VI/2016/02533

**zu 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283) – hier: Wissenschaftsmarketing der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02540**

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Beratung zum Haushalt mit dem Bereich des Oberbürgermeisters.

Herr Geier teilte mit, dass Frau Ernst den Haushalt des OB-Bereichs vertritt.

Herr Wolter wollte wissen, warum der Oberbürgermeister nicht anwesend ist.

Frau Ernst erwiderte, dass der Oberbürgermeister zeitgleich im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten ist.

Herr Dr. Meerheim rief den Haushalt zur Behandlung auf und schlug vor, dass die Produkte aufgerufen und dazu Fragen gestellt werden können.

Produkt Wirtschaft, Seite 148

Herr Krause fragte zur Zeile 12 nach, ob dort die Minderausgaben für die Marketingmaßnahmen zum Vertrag mit enthalten sind.

Frau Ernst antwortete, dass die Marketingmaßnahmen dieses Jahr ausgelaufen sind.

Herr Krause wollte zur Zeile 13, Transferaufwendungen Minderausgaben wissen, für was diese anfallen und bat um ein Beispiel dazu.

Frau Ernst antwortete, dass das Stadtmarketing mit dem Wirtschaftsförderungskonzept neu ausgerichtet worden ist. Im Dienstleistungszentrum Wirtschaft richtet man sich stark auf die Förderung des Tagungs- und Kongressmanagements, da die Stadt Halle (Saale) durch Kongressteilnehmer profitiert. Kongresse können in der Universität als auch der Leopoldina durchgeführt werden, die Stadt kann dann bestimmte Veranstaltungen unterstützen.

DLZ Migration und Integration, Seite 155

Herr Krause wollte zur Seite 153 wissen, woher die Reduzierung der ordentlichen Erträge kommt.

Herr Geier wies darauf hin, dass dies mit der Kostenerstattung vom Land zusammenhängt. Als zum Nachweis Asyl diskutiert wurde, hatte man sich geeinigt, dass es dazu im Haushalt unter Darstellungen eine Erläuterung gibt.

Herr Dr. Meerheim wies darauf hin, dass hier eine Steigerung der Summe enthalten ist; im Vergleich zum Stellenplan sind aber weniger Stellen enthalten.

Herr Geier begründete dies damit, dass die Personen für Asyl mit 3 Zwölfstel in 2016 geplant waren und in 2017 wird mit reduzierten Stellen generell mit 12 Zwölfstel geplant. Dadurch entsteht die Differenz in den Planungszahlen.

Beauftragte

Herr Krause fragte zur Seite 10, Personalaufwendungen. Im Jahr 2015 waren es 110 und 2016 ging es auf 129 hoch, 2017 auf 122, was verbirgt sich dahinter?

Herr Möller erläuterte den Sachverhalt.

Fachbeauftragte, S. 164

Herr Dr. Meerheim fragte, ob hier noch Stellen hinzukommen.

Herr Möller antwortete, dass diese Stellen zum Bereich von Frau Schneutzer gehören.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen hierzu.

Herr Dr. Meerheim fragte, ob es noch weitere Fragen gibt.

Herr Eigendorff fragte zur Seite 171, 2. Zeile, zu den geplanten Veranstaltungen im Stadthaus nach, was hier geplant sei.

Frau Ernst antwortete, dass Veranstaltungen im Stadthaus von öffentlichem Interesse sind und sehr gut angenommen werden und demzufolge wurde dies entsprechend der Anfragen hierzu im Haushaltsansatz angepasst.

Durch **Herrn Krause** wurde angefragt, wodurch die Reduzierung für Fraktionen und Ausschüsse und dann der Aufwuchs bei der Betreuung des Stadtrates und seiner Ausschüsse zustande kommt.

Frau Ernst erwiderte, dass beim Immobilienmanagement die Verrechnung der Räumlichkeiten erfolgt und dadurch eine exaktere Zuordnung und leichte Veränderungen erfolgten.

Herr Wolter wollte wissen, wo die geplanten Livestreams für die Ausschüsse zu finden sind.

Frau Ernst wies darauf hin, dass dies in der technischen Ausstattung beim Fachbereich Immobilien enthalten ist.

Herr Wolter wollte wissen, in welchem Produkt dies zu finden ist.

Frau Ernst sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Steuerung der Kommune

Keine Nachfragen.

Steuerungsunterstützung

Keine Nachfragen.

Zuschuss BMA

Keine Nachfragen.

Amtsblatt

Herr Scholtyssek fragte zum Zuschuss, welcher nicht unbeträchtlich steigt, nach. Resultiert dies aus vermehrten öffentlichen Bekanntmachungen?

Frau Ernst antwortete, dass dies mit den öffentlichen Bekanntmachungen zusammenhängt. In den letzten Monaten wurde u. a. auch durch Fluthilfemaßnahmen dies als zunehmend wahrgenommen und festgestellt, dass sich dies verdoppelt hat.

Herr Scholtyssek wollte wissen, ob dies in 2017 so bleiben wird.

Dies wurde von **Frau Ernst** für 2017 so angenommen; wie es im Jahr 2018 aussieht, kann noch nicht eingeschätzt werden.

Herr Krause fragte zur Zeile 10, Zuwachs bei den Personalaufwendungen, an.

Frau Ernst erwiderte, dass dies vor allem aus den Tarifsteigerungen resultiert, die berücksichtigt werden müssen.

Durch Herrn Wolter wurde zu dem Mehraufwand Amtsblatt gefragt. Er ist davon ausgegangen, dass bei mehr Veröffentlichungen auch mehr Einnahmen eingenommen werden könnten, was nicht der Fall ist. Welche Kosten verbergen sich hier dahinter?

Frau Ernst legte dar, dass eine durchschnittliche Steigerung von ca. 3 Seiten pro Ausgabe ist, was diese Mehrkosten verursacht. Das sind Verwaltungskosten, die hier zu tragen sind.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Stadtmarketing

Es gab keine Nachfragen.

Finanzpläne

Keine Nachfragen.

Investitionsplan

Keine Nachfragen.

Rechnungsprüfung, Seite 189

Herr Wolter wollte wissen, ob sich die Mehraufwendungen innerhalb des Produkts wiederfinden.

Herr Möller antwortete, dass in der Zeile 10 die Veränderungen sichtbar werden. Es geht um 150.000 Euro für eine Stelle und Tarifierhöhungen.

Seite 190/191

Keine Nachfragen.

Seite 192

Herr Dr. Meerheim fragte hierzu nach und **Herr Geier** antwortete, dass dies eine Wertgrenze ist, welche nachgewiesen werden muss.

Fachbereich Recht, Seite 196

Herr Cierpinski fragte zu den sonstigen Aufwendungen in der Zeile 14 nach, wo die Vergleiche 2015 zu 2016 stehen. War 2015 ein besonders schwieriges Jahr mit Rechtsstreitigkeiten oder ist die Summe plausibel?

Herr Möller antwortete, dass es sich um Rückstellungen für Gerichtsverfahren handelt, dadurch sind die Abweichungen zwischen dem IST und dem Planansatz auch begründbar.

Herr Wolter fragte, ob dort alle Kosten für Rechtsstreitigkeiten der Stadt Halle (Saale) enthalten sind.

Frau Ernst wies darauf hin, dass der Fachbereich Recht keine Rechtsberatung macht. Ansonsten sind alle rechtlichen Angelegenheiten hier enthalten.

Fachbereich Sicherheit, Seite 204

Herr Cierpinski fragte zu den Bußgeldern in Höhe von minus 936.000 Euro und der Wertberichtigung nach. In 2016 sind minus 1 Million Euro entstanden.

Frau Wolff antwortete, dass diese Bußgelder nicht eingetrieben werden konnten. Nach fünf Jahren wird die Forderung pauschal berichtet. In der Regel wird am Jahresende abgewertet.

Herr Wolter fragte zum IST 2015 bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen an, ob sich die Korrektur auf die Frage von Herrn Cierpinski bezieht oder dies auf das Haushaltsjahr bezogen ist.

Frau Wolff erwiderte, dass dies nicht auf das Haushaltsjahr bezogen ist. Das korrespondiert auch mit den ordentlichen Beträgen die oben im IST stehen. Im fünften Jahr wird dies wertberichtigt.

Gewerbewesen

Herr Wolter fragte, ob das Werbekonzept hier mit enthalten ist.

Frau Ernst antwortete, dass das Thema im Fachbereich Sicherheit, Sondernutzung, enthalten ist.

Verkehrsangelegenheit

Herr Cierpinski fragte zur Seite 209, Sondernutzung nach, ob die 846.000 Euro für die Straßen gedacht sind.

Frau Ernst erwiderte, dass dies vom GB II in diesen Bereich gekommen ist.

Weiterhin wollte **Herr Cierpinski** zur Lufteinhaltung im Stadtgebiet wissen, warum keine Mittel zur Überprüfung der „grünen Plakette“ mit enthalten sind.

Frau Ernst antwortete, dass es nichts mit der Überprüfung zu tun hat, sondern, dass die Ausnahmegenehmigungen nicht mehr erteilt werden und deswegen dies nicht mit enthalten ist.

Herr Krause fragte zur Seite 204 zu den Aufwüchsen bei dem ruhenden und fließenden Verkehr 2015 zu 2016 nach.

Herr Möller antwortete, dass es sich hierbei um Zuschusserhöhungen handelt. Der Zuschuss kann aus Personal- und Sachkosten resultieren.

Frau Wolff erklärte, dass es sich um eine Wertberichtigung handelt. Das IST-Ergebnis 2015 ist schlechter als die Wertberichtigung in der Planung. Es handelt sich um Bußgelder und „Knöllchen“.

Seite 211

Keine Nachfragen.

Brandschutz der Feuerwehr

Keine Nachfragen

Freiwillige Feuerwehr

Keine Nachfragen.

Rettungsdienst

Keine Nachfragen.

Intensivtransportwagen

Herr Wolter fragte, woher die Mittel dafür genommen wurden, wenn es als haushaltsneutral ausgewiesen wird.

Herr Möller erläuterte, dass die Krankenkassen zu 100% refinanzieren.

Katastrophenschutz

Keine Nachfragen

Teilfinanzpläne

Keine Nachfragen.

Investitionspläne

Keine Nachfragen.

Investitionsplan Berufsfeuerwehr

Keine Nachfragen.

Neubau der 3. Wache

Keine Nachfragen.

Atemschutzkomplex

Herr Dr. Meerheim fragte, um was es sich hierbei handelt.

Herr Möller antwortete, dass die Mitarbeiter diesen Atemschutzkomplex durchlaufen, die die G36 Tauglichkeitsprüfung ablegen müssen. Das soll wieder hergerichtet werden.

Straßenreinigung

Winterdienst, Seite 264

Keine Nachfragen.

Straßenreinigung

Keine Nachfragen.

Gesamtpersonalrat

Herr Dr. Meerheim fragte, ob hier eine 0,5 Stelle entfallen ist.

Frau Ernst antwortete, dass mit dem neuen Gesamtpersonalrat diese Stelle abgegeben worden ist.

Herr Wolter führte in den Änderungsantrag seiner Fraktion ein, bei welchem es um die Aufstockung der Finanzierung des Mietspiegels um 64.000 Euro ging.

Frau Ernst regte an, dass bei dieser Neuerung erst Erfahrung gesammelt werden sollte und dies bei der Diskussion zum nächsten Haushalt wieder aufgegriffen werden kann. Das Projekt soll erstmal laufen und dann kann geschaut werden, mit welchen Mitteln hier operiert werden kann.

Herr Dr. Meerheim sprach an, dass die vorgesehene Stelle eine Förderung zu 90% bekommen soll, ein Bescheid dazu liegt noch nicht vor. Die Sachmittel sollen dafür zur Verfügung gestellt werden.

Frau Ernst regte an, dass der Bescheid abzuwarten ist, da die Sachkosten in der Förderung enthalten sind.

Herr Möller sprach an, dass der Verwaltungsaufwand mit 90% gefördert werden soll. Diese Förderung soll nicht nur die Personalkosten sondern auch die Sachkosten beinhalten und deshalb wird der Bescheid abgewartet.

Herr Dr. Meerheim dankte für die Ausführungen zum Haushalt des Bereichs Oberbürgermeister und rief den Geschäftsbereich I Finanzen und Personal zur Behandlung auf.

Büro Beigeordneter, Seite 281

Herr Dr. Meerheim fragte, ob die Versorgungsaufwendung hier mit enthalten ist.

Herr Geier antwortete, dass diese in 2016 mit enthalten ist.

Herr Dr. Meerheim fragte, warum die Personalaufwendungen deutlich höher sind.

Herr Geier antwortete, dass im Jahr 2016 Herr Ruppe dazu gekommen ist.

Frau Präkelt erläuterte, dass die Änderungen in den Personalaufwendungen von 2016 bei den Versorgungsaufwendungen an den Kommunalen Versorgungsverband Land Sachsen-Anhalt zu zahlen waren und jetzt diese direkt dem Fachbereich Personal zuzuordnen sind.

Finanzplan GB I

Herr Geier teilte mit, dass in seinem Büro ein neues Sideboard für ca. 3000 Euro angeschafft werden soll.

Herr Wolter fragte zur Reduzierung Aus- und Fortbildung nach. Er wollte wissen, ob dies ein allgemeiner Posten ist oder sich das auf den gesamten Verwaltungsbereich bezieht.

Frau Präkelt antwortete, dass dies das Personalamt betrifft.

DLZ Bürgerengagement

Herr Wolter fragte zur qualitativen Bürgerbeteiligung in der Stadt Halle (Saale) und wollte wissen, ob hier mehr nachgesteuert und dann mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden müssten, um erfolgreicher zu sein.

Herr Geier antwortete, dass das Angebot der Stadt zur Bürgerbeteiligung am Haushalt sehr gut ist. Es gab die Verständigung zur Gründung einer Arbeitsgruppe, die aus Verwaltung und Vertretern der Fraktionen besteht. Eine Neuausrichtung sollte abgestimmt werden, bisher liegt ihm nur eine Rückmeldung aus einer Fraktion dazu vor.

Fachbereich Personal
Elektronische Kommunikation

Herr Dr. Meerheim stellte fest, dass dies weit unter dem Planansatz liegt, woran liegt das?

Herr Schütz antwortete, dass dies daran liegt, dass im Bereich elektronische Kommunikation und E-Government ein Portal aufgebaut werden soll, wo Bürger und Unternehmen auf elektronischem Weg Anträge etc. stellen können. Diese Vorbereitungen waren sehr langwierig, so dass die Umsetzung relativ spät erst erfolgen konnte. Die Planzahl wird in 2016 voraussichtlich noch erreicht werden.

Herr Wolter fragte nach dem Realisierungszeitpunkt.

Herr Schütz antwortete, dass die Umsetzung angelaufen ist. Um die Mittelbindung machen zu können, muss festgelegt werden, wie die Kosten sein werden, um dies im SAP korrekt einstellen und bezahlen zu können.

Durch **Herrn Wolter** wurde nach der Modellphase für den Bürger und Unternehmen gefragt.

Herr Schütz erwiderte, dass jetzt die technischen Voraussetzungen geschaffen werden und im Jahr 2017 mit der Umsetzung begonnen werden soll.

Herr Wolter wollte wissen, ob dies alle Verwaltungsbereiche betrifft oder nur spezielle.

Herr Schütz antwortete, dass dies für alle Bereiche gelten soll und mit der schrittweisen Umsetzung begonnen wird.

Datenverarbeitung
Keine Nachfragen.

Investitionsplan für Datenverarbeitung
Keine Nachfragen.

Personalwesen und Personalbetreuung, Seite 310
Keine Nachfragen.

Personalmanagement

Herr Dr. Meerheim fragte, warum mehr Personal hinzukommt.

Frau Präkelt antwortete, dass es zwei haushaltsneutrale Umorganisationen aus anderen Bereichen gab und zwei weitere Stellen zur Umsetzung der Auflagen des Landesrechnungshofes in den Stellenplan aufgenommen wurden.

Herr Geier wies darauf hin, dass dies auch im Ausschuss für Personalangelegenheiten erläutert worden ist.

Herr Dr. Meerheim fragte, ob die Mittel ausreichend sind.

Frau Präkelt antwortete, dass Anfang des Jahres der Beitrag für den Städte- und Gemeindebund bezahlt werden muss.

Personalgewinnung Asyl

Herr Dr. Meerheim wollte wissen, was die Fortschreibung bedeutet.

Frau Präkelt erwiderte, dass die geplanten Erträge in Höhe von 3000 Euro den Anteil der Rückerstattung der Sachaufwendungen im Zusammenhang mit den sachbearbeitenden Tätigkeiten der Besetzung von Asylstellen darstellen.

Personalbetreuung

Keine Nachfragen.

Finanzplan

Keine Nachfragen.

Investitionsplan

Keine Nachfragen.

Übergreifende Personalmaßnahmen

Herr Krause fragte zur Seite 318, Zeile 10 Personalaufwendungen und bat um Erläuterung.

Frau Präkelt antwortete, dass sich die Personalaufwendungen 2016 nach dieser Struktur Transferpersonal, Sozialstellen richten, insgesamt in Höhe von 2 Millionen Euro. Dagegen gerechnet eine globale Minderung in Höhe von 6,9 Millionen Euro über den gesamten Deckungskreis Personalaufwendungen. Im Jahr 2017 wurden Stellen reduziert, die Personalaufwendungen für Transfer- und Sozialstellen sind mit 2 Millionen Euro fast gleich geblieben. Da die globale Minderung 2017 auf 5,2 Millionen Euro reduziert ist, ergibt sich daraus die Differenz von 1,7 Millionen Euro.

Fachbereich Finanzen

Keine Nachfragen.

Finanzmanagement

Keine Nachfragen.

Gutachten

Keine Nachfragen.

Fachbereich Einwohnermeldewesen

Frau Wolff erklärte, dass hier die Begründung falsch zugeordnet worden ist. Das wird noch berichtigt.

Bürgertelefon

Herr Dr. Meerheim fragte nach den Sachausgaben in 2016, da so viel Mittel geplant waren.

Frau Lachky antwortete, dass der Vertrag mit der EVH zu Überläufen bestand und dies wieder gekappt worden ist. Dies steht auch in der Begründung. Der mit der EVH vereinbarte Vertrag bestand bis zum 01.03.2016.

Herr Wolter fragte, ob es Überlegungen zu Veränderungen bezüglich der inhaltlichen Planung gibt, da es anscheinend doch längere Wartezeiten gibt.

Frau Lachky antwortete, dass nur so viele Anrufe entgegen genommen werden, wie Personal dafür zur Verfügung steht. Ca. 10 % der Anrufer kommen in die Warteschleife. Es wird dort sehr professionell gearbeitet. Im Jahr sind dort über 100 000 Anrufe, die gut funktionieren. Die Dienstleistung ist auf einem hohen Niveau.

Herr Geier ergänzte, dass diese Anrufe den Fachbereichen abgenommen werden, da es bereits eine Erstauskunft – keine Detailauskunft – gibt. Es erfolgt ein Querverweis oder eine

Verbindung zu den entsprechenden Ansprechpartnern. Die 10% in der Warteschleife wird man nicht ganz verhindern können.

Herr Wolter wollte wissen, ob auch andere Kontaktmöglichkeiten über Facebook oder Whats App geschaffen werden können.

Herr Geier verwies darauf, dass über halle.de auf Facebook gegangen werden kann.

Statistik

Keine Nachfragen.

Wahlen

Hinweis von **Herrn Geier** auf die anstehende Bundestagswahl 2017.

Herr Wolter fragte, wann die Rechnungslegung und damit Forderung erfolgt.

Frau Lachky teilte mit, dass nach dem Ende der Wahl die Forderung zur Abrechnung ergeht und dann die Prüfung dazu erfolgt. Dies zieht sich dann $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Jahr hin, so dass dann mit der Einnahmebuchung Anfang 2018 zu rechnen ist.

Kfz-Zulassungsbehörde/Fahrerlaubnisgenehmigung

Keine Nachfragen.

Einwohnerangelegenheiten

Keine Nachfragen.

Personenstandswesen

Keine Nachfragen.

Aufenthaltsregelung für Ausländer und Asylbewerber

Keine Nachfragen.

Meldewesen Asyl

Keine Nachfragen.

Teilfinanzpläne

Keine Nachfragen

Investitionspläne

Keine Nachfragen.

Herr Wolter fragte nach den Kosten der letzten Bundestagswahl und was davon erstattet worden ist.

Frau Beckert antwortete, dass die Erstattung sich auf 232.000 Euro und die Aufwendungen an Sachkosten 188.000 Euro.

Herr Wolter wollte wissen, worauf sich die Regelung zur Kostenerstattung bezieht.

Frau Lachky teilte mit, dass die Wahlhelfer erstattet werden.
Die Mitarbeiter und Technik sind vorhanden und werden demzufolge nicht erstattet.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2017 mit dem Haushaltsplan 2017.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2015 zur Kenntnis.

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283), hier: Sachmittel für Projekte im Rahmen von Fairtrade Town
Vorlage: VI/2016/02533**

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Beim Dienstleistungszentrum Migration und Integration (Produkt 1.11117) werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 3 TEUR erhöht.

Kosten: 3 TEUR

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer.

**zu 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283) – hier: Wissenschaftsmarketing der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02540**

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan für das Jahr 2017 wird dahingehend geändert, dass die im Produkt 1.57111 „Wirtschaft und Wissenschaft“ angesetzte Summe in Höhe von 286.200 EUR für die Umsetzung einer konkreten Marketinginfrastruktur zur Förderung des wissenschaftlichen Standortmarketings durch das Dienstleistungszentrum Wirtschaft und Wissenschaft in Kooperation mit dem Stadtmarketing Halle und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg um 64 TEUR aufgestockt wird.

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen des Produkts 1.52201 Daten- und Bauaktenverwaltung, die für die Erstellung eines neuen Mietspiegels vorgesehen waren.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

Es gab keine Mitteilungen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Anfrage von Herrn Wolter zu Einsichtnahmen in Prüfberichte

Herr Wolter fragte, wie es möglich sein kann, dass ein Bürger der Stadt Halle (Saale), in diesem Fall Herr Fritz, Einsichtnahme in Entwürfe von Prüfberichten des Landesrechnungshofes erlangen konnte, die den Stadträten noch nicht bekannt waren.

Er wollte wissen, wer das veranlasst hat. Wie kann es sein, dass gewählte Volksvertreter diese Möglichkeit nicht erhalten haben, sondern ein Bürger, der Verfahren gegen die Stadt Halle (Saale) zu Gebührensatzungen führt, hier Einblick erhalten hat.

Herr Geier antwortete, dass dies ein Thema ist, wofür der Geschäftsbereich II zuständig ist. Durch diesen Bereich wurde eine neue Abfallgebührensatzung erarbeitet, welche auch in Session steht. Herr Fritz hat den Landesrechnungshof angeschrieben und die Auskunft erhalten, dass der Stadt eine Mitteilung dazu vorliegt und sich wegen einer Einsichtnahme dann wieder hier gemeldet.

Herr Wolter fragte, wo die Einsichtnahme erfolgt ist.

Herr Geier antwortete, dass diese im Bereich des Oberbürgermeisters erfolgte.

Herr Wolter wollte wissen, wann die Stadträte über den Bericht informiert werden.

Herr Geier erklärte, dass ihm dieser Bericht vorliegt und er den Geschäftsbereich II um Stellungnahmen hierzu gebeten hat.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Dr. Meerheim beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Dr. Bodo Meerheim
Ausschussvorsitzender

Uta Rylke
stellvertretende Protokollführerin